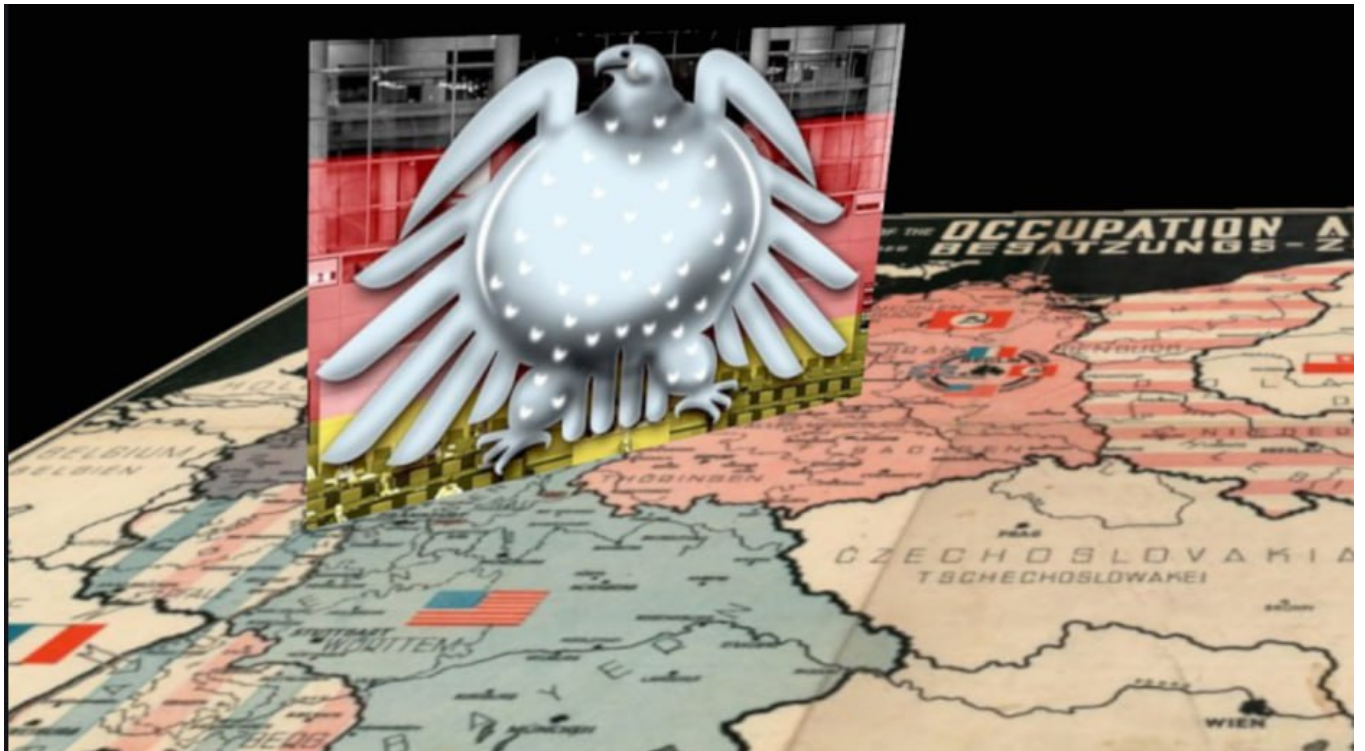


19. Die „Bundesrepublik Deutschland“ („BRD“) AUF Deutschland ist NICHT Deutschland!



Quelle: <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus238831993/Bundestag-Ampel-Plan-fuer-eine-Ersatzstimme-bei-Bundestagswahlen.html><https://www.google.de>

Forscher vergleichen erstmals erfolgreich Äpfel mit Birnen



"Deutschland"

= das Deutsche Reich, wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat

Beweis: Alliierte Begriffs-Festlegung im SHAEF-Gesetz No. 52 Artikel VII Absatz 9 e)

"Bundesrepublik Deutschland"

= die irreführende Bezeichnung für die Besatzungs- und Treuhandorganisation der west-alliierten Siegermächte. Beweis: Artikel 116, 120, 133, 139, 146 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Urteil des BVerfGE vom 31.07.1973 zum Grundlagenvertrag zwischen der BRD und der DDR (vgl zB BVerfG, 1956-08-17, 1 BvB 2/51, BVerfGE 5, 85 <126>)

Quelle: <https://www.der-postillon.com/2017/05/aepfel-birnen.html>

Was ist die heutige „Bundesrepublik Deutschland“ („BRD“)?

Zur Rechtslage der BRD auf Deutschland:

Bundesrepublik Deutschland (BRD) hat ihr Verwaltungsgebiet ab 1990 auf die DDR ausgedehnt. (Vereintes Wirtschaftsgebiet GG Art. 133!)

Die DDR hat ihr Nutznießrecht und Verwaltungsrecht an die BRD im Rahmen des Einigungsvertrages ab 1990 übertragen.

Das Besatzungsstatut ist weiter aktiv und Deutschland soll besetzt bleiben, bis das gültige Potsdamer Abkommen erfüllt ist. (GG Art. 139)

Das Besatzungsregime "BRD" wurde ab 1990 in eine vollprivatisierte Interessengemeinschaft in Form eines Geflechts aus sog. Gebietskörperschaften umgewandelt.

Dazu wurde ab 1990 der Geltungsbereich“ Artikel 23 Grundgesetz für die BRD gelöscht.

Die BRD verwaltet hoheitlich selbstständig mittels dieser voll privatisierten Gebietskörperschaften West- und Mitteldeutschland.

Die BRD operiert ebenfalls hoheitlich über die private Interessengemeinschaft bzw. Vereinigung „Europäische Union“ mittels ihrer Gebietskörperschaften.

Die mittlerweile völlig verselbständigten Verantwortlichen der BRD üben privatwirtschaftlichen Machtmissbrauch für die angloamerikanischen Fremdinteressen aus.

Das alliierte Grundgesetz für die BRD wird von den Machthabern im privaten See und Handelsrecht nur noch nach Bedarf angewendet.

Die völlig verselbständigten Verantwortlichen der BRD wollen den Zustand der Debellatio über deren Deutschland-Attrappe verewigen. (ewiges Grundgesetz)

Die sog. „deutschen Ostgebiete“ werden von Polen hoheitlich verwaltet.

Klarstellung - auch um eventuelle Missverständnisse vorzubeugen:

Die „Bundesrepublik Deutschland („BRD“) kann nicht der völkerrechtliche Staat Deutschland = das Deutsche Reich oder dessen Rechtsnachfolger sein, weil sie als Fundament das Grundgesetz im Rahmen des Besatzungsstatuts von den westalliierten Siegermächten verordnet bekommen hat.

Darum ist die BRD ein "lupenreines" provisorisches Besatzungsregime der angloamerikanischen Besatzungsmächte AUF Deutschland = dem Deutschen Reich. Zum Beweis siehe dazu auch die Artikel 16, 116, 120, 139, 140, 146 im Grundgesetz FÜR die BRD!

Falsche Flagge

Der Ausdruck **falsche Flagge** (*false flag*) ist ein **nachrichtendienstlicher**, politischer und militärischer Begriff, der ursprünglich aus der **Seefahrt** stammt. Er bezeichnet **Täuschungsmanöver** und **verdeckte Operationen**, meist des **Militärs** oder eines **Geheimdienstes**, die **zur Verschleierung der Identität und der Absichten des tatsächlichen Urhebers** vorgeblich vom jeweiligen Gegner oder einer anderen, dritten Partei durchgeführt werden oder wurden. Die Planung und Durchführung wird als *false flag operation* bezeichnet.

Die Aktion wird also zum Schein aktiv dem jeweiligen Gegner beziehungsweise einem unbeteiligten Dritten zugeschrieben, wobei dieser eine Einzelperson, eine Organisation, eine religiöse beziehungsweise Volksgruppe oder auch ein Staat sein kann. Der tatsächliche Akteur handelt dabei also „unter einer falschen Flagge“, was typischerweise vom gezielten Einsatz von **Desinformation** begleitet wird und zum Schutz vor der Entdeckung des wahren Urhebers strengster **Geheimhaltung** unterliegt.

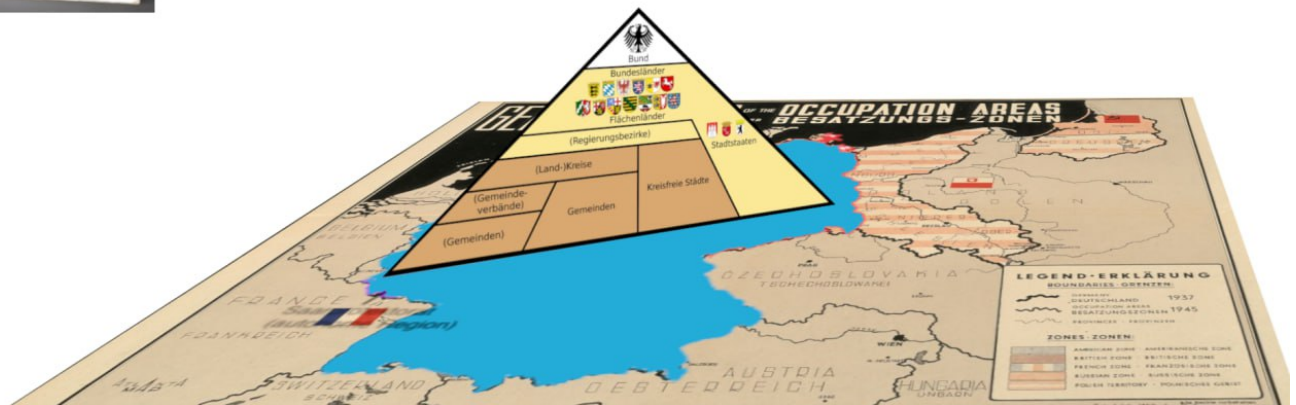
Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Falsche_Flagge





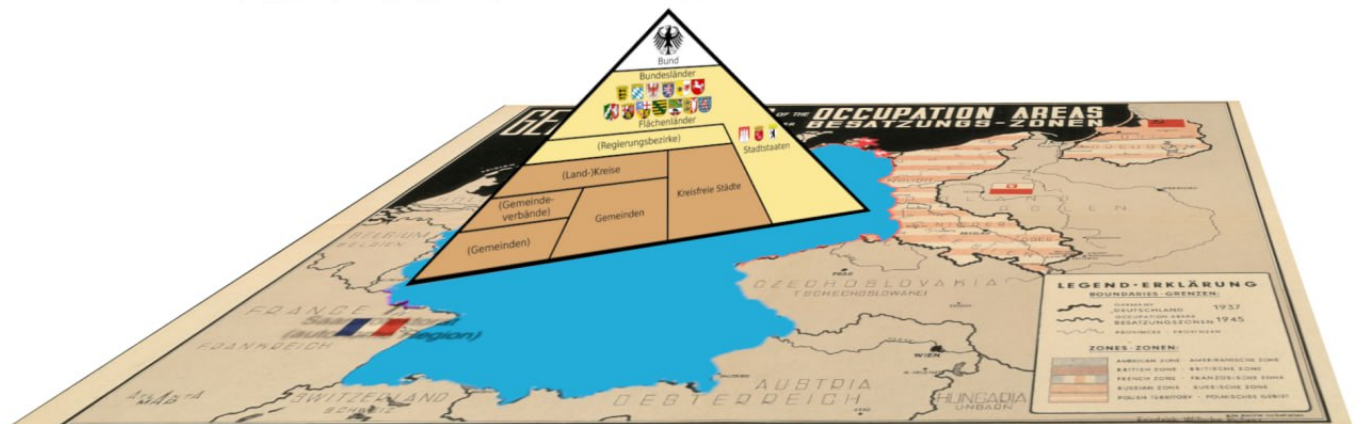
¹⁶ Staatsrechtlich ist die Bundesrepublik Deutschland somit eine juristische Person des öffentlichen Rechts – eine Gebietskörperschaft –, die Träger von Rechten und Pflichten ist und durch ihre Organe handelt.

Quelle: <https://www.amazon.de/Staatsrecht-I-Staatsorganisationsrecht-Academia-Iuris/dp/3800665506>



Auch Gebietskörperschaften wie der Bund sind nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs als Unternehmen i. S. d. § 15 Aktiengesetz (AktG) anzusehen. Für Unternehmensbeteiligungen des Bundes gelten daher grundsätzlich die aktienrechtlichen Vorschriften über verbundene Unternehmen.

Quelle: https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Bundesvermoegen/Privatisierungs_und_Beteiligungspolitik/Beteiligungspolitik/Beteiligungsberichte/liste-mit-bund-verbundene-unternehmen.html



Gebietskörperschaften sind keine Staaten

"Eine Gebietskörperschaft ist eine Körperschaft, deren Zuständigkeit und Mitgliedschaft territorial bestimmt sind.[1] Ihre Gebietshoheit ist jeweils auf einen räumlich abgegrenzten Teil des Staatsgebietes beschränkt. Sie grenzt sich dadurch von solchen Körperschaften ab, deren Mitgliedschaft durch persönliche Eigenschaften bestimmt wird."

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Gebietsk%C3%B6rperschaft>

Kommentar der Bundeskanzlerin Angela Merkel 20 Jahre später anlässlich des Festaktes am 31. August 2000 im Kronprinzenpalais in Berlin: *“Der Einigungsvertrag sollte uns ein gutes Beispiel sein für weitere Verträge, die auf der Welt zu schließen sind.”* (Die Täuschung gilt als eine Art “Handlungsgrundlage” für künftiges Vorgehen bei Staatsverträgen)

Die Bundeskanzlerin würdigte den Einigungsvertrag als „*etwas Wegweisendes, etwas Fundamentales*“. „*Es waren unendlich viele Probleme zu lösen*“, sagte sie in ihrer Ansprache. Sie erinnerte an den unglaublichen Gewinn an Lebensqualität, den wir heute, 20 Jahre später, verzeichnen könnten.

„*Die Lasten der Einheit waren in Wirklichkeit Lasten von 40 Jahren verfehlter sozialistischer Wirtschaftspolitik*“, betonte Hans Dietrich Genscher.
Schäuble resümierte: „*Es ist uns manches richtig gut gelungen*.“

Artikel 23 Grundgesetz für die BRD

„Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit (...)

(...)Der Bund kann hierzu durch Gesetz mit Zustimmung des Bundesrates Hoheitsrechte übertragen“

18.1 Zusammenfassung zur Rechtslage in der BRD ab 1990

I. Täuschung durch die Besatzungsverwaltungen BRD und DDR - Einigungsvertrag vom 3. Oktober 1990:

Regel: „Gesetze ohne Geltungsbereich besitzen keine Gültigkeit und Rechtskraft“
Nachweis u. a. Urteil Bundesverfassungsgericht BVerG E 3, 288 (319f): 6, 309 (338,363))

II. Am 17. Juli 1990 ist die alliierte Fremdverwaltung *Bundesrepublik Deutschland* (BRD) in Deutschland vom 23. Mai 1949 durch ersatzlose Streichung des räumlichen Geltungsbereiches, Artikel 23 der Besatzungsordnung "Grundgesetz (GG) für die BRD vom 23. Mai 1949" weggefallen.

Das bedeutet: Mit dem Eintritt der Tageswende vom 17. Juli 1990 zum 18. Juli 1990, 0.01 Uhr, ist damit das bisherige Besatzungsorgan *Bundesrepublik Deutschland* mitsamt dem alliierten Militär-Grundgesetz, sowie alle sonstigen Militärbefehle, z. Bsp. auch alle Bundesländer des Besatzungsorgans Bundesrepublik Deutschland, staatsrechtlich de jure erloschen.

Juristisch wirksam wurde diese Streichung am 29. Juli 1990 -
Beweis: BGBL II, Seite 885/890, vom 23. September 1990.

III. Am 17. Juli 1990 - nahmen sich die vier Alliierten (Hohe Hand) aus dem Völker- und somit dem Besatzungsrecht der Haager Landkriegsordnung selbst heraus, gaben Deutschland = das *Deutsche Reich* in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 vollständig frei.

Die stammesdeutschen Menschen und Rechtsträger des (Völker-) Rechtssubjekts *Deutsches Reich* waren 1990 gefordert die völkerrechtliche Rechtsstaatlichkeit in Deutschland wieder zu errichten, was aber offenkundig durch Täuschung und Sabotage verhindert worden ist.

IV. Der sog. „2+4-Deutschland-Vertrag“ vom 03. Oktober 1990 als sog. „In-sich-Geschäft“ (verboten gemäß Paragraph 181 BGB)

Die alte BRD I fusionierte offenbar am 3. Oktober 1990 mit der DDR zur BRD II -
Beweis: **Einigungsvertrag zweier Besatzungsverwaltungen** vom 31. August 1990

Allem Anschein nach wurde in der Heimat der deutschen Völker eine Art Treuhandverwaltung mit Bezeichnungen wie „Deutschland“ und/oder „Bundesrepublik“ und/oder „Germany“ und/oder „Bundesrepublik Deutschland“ und einem privatisiert modifizierten Grundgesetz - Basic Law II gegründet. Das Grundgesetz II für die BRD kann demzufolge nur noch einen AGB-Status im Handelsrecht haben.

V. In der Folge der vorgenannten Schritte wurde auf Veranlassung der Alliierten Mächte zum 03. Oktober 1990 bei der UN die alte BRD I von 1949 mit der UN-Länderkennziffer 280 sowie die DDR mit der UN-Länderkennziffer 278 gestrichen. Neu eingetragen wurde das freigegebene deutsche Gebiet mit der irreführenden Bezeichnung *Deutschland/ Germany* unter der neuen UN-Länderkennziffer 276. Die alte Bundesrepublik Deutschland, wie auch die Deutsche Demokratische Republik wurden damit offenbar rechtlich nichtig und wurden zu einer **Deutschland- Attrappe** umgewandelt.

Diese umgewandelte Bundesrepublik Deutschland übernahm einfach stillschweigend in konkludenter Annahme durch die vorsätzlich getäuschte deutsche Bevölkerung die Verwaltung in beiden Besatzungsteilen auf Deutschland.

Diese neue Treuhand-Verwaltung/ BRD-Nachfolgeorganisation wird ab dem 3. Oktober 1990 unter den Bezeichnungen **„Bundesrepublik Deutschland“**, **täuschend bzw. irreführend „Deutschland“** und **„Germany“** geführt.

Diese angloamerikanische BRD-Treuhandverwaltung geht nun schrittweise in dem Unternehmen - (private) Interessenvereinigung mit der Bezeichnung „Europäische Union“ und/oder „Europa“ (sog. „viertes Reich“ gemäß Walter Hallstein-Plan) auf - siehe dazu Artikel 23 Grundgesetz für die BRD.

VI. Durch doppelte Aufhebung wurde daraufhin der alliierte Vorbehalt (Besatzungsrecht) in Deutschland wieder eingeführt. (juristischer Trick)
- Beweis: Zweites Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz (2. BMJBBG) vom 23.11.2007

Geltung ab 30.11.2007 Artikel 4 Gesetz vom 23.11.2007 BGBl. I S. 2614

Gesetz zur Bereinigung des Besatzungsrechts (BRBG)

§ 1 Aufhebung von Besatzungsrecht § 2 Aufhebung bundesrechtlicher Vorschriften über die Bereinigung von Besatzungsrecht § 3 Folgen der Aufhebung

§ 1 Aufhebung von Besatzungsrecht

(1) Die von Besatzungsbehörden erlassenen Rechtsvorschriften (Besatzungsrecht), insbesondere solche nach Artikel 1 Abs. 3 des Ersten Teils des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. März 1955 (BGBl. 1955 II S. 301, 405) (Überleitungsvertrag), werden aufgehoben, soweit sie nicht in Bundes- oder Landesrecht überführt worden sind und zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens

Regelungsgebiete betrafen, die den Artikeln 73, 74 und 75 des Grundgesetzes zuzuordnen waren.

(2) Von der Aufhebung ausgenommen ist das Kontrollratsgesetz Nr. 35 über Ausgleichs- und Schiedsverfahren in Arbeitsstreitigkeiten vom 20. August 1946 (Amtsblatt des Kontrollrats, S. 174), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 9. Februar 1950 (Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland, S. 103).

§ 2 Aufhebung bundesrechtlicher Vorschriften über die Bereinigung von Besatzungsrecht

Es werden aufgehoben: 1. das erste Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 30. Mai 1956 (BGBl. I S. 437; BGBl. III 104-1),
2. das Zweite Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 30. Mai 1956 (BGBl. I S. 446; BGBl. III 104-2),
3. das Dritte Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 23. Juli 1958 (BGBl. I S. 540; BGBl. III 104-3) und
4. das Vierte Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 19. Dezember 1960 (BGBl. I S. 1015; BGBl. III 104-4).

§ 3 Folgen der Aufhebung

Rechte und Pflichten, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden oder auf Grund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, bleiben von der Aufhebung unberührt und bestehen nach Artikel 2 Abs. 1 Satz 1 des Ersten Teils des Überleitungsvertrages fort.

Dazu zählen u. a. die alliierten Entnazifizierungsvorschriften SHAEF und SMAD, weil alle Deutschen und eingebürgerten Migranten bis zum heutigen Tag mit der *deutschen Staatsangehörigkeit*/ *DEUTSCH* vom 5. Februar 1934 gegen ihren Willen juristisch Nazifiziert sind - Beweis Artikel 139 GG für die BRD - und die Übernahme der Kriegsfolgen und Besatzungskosten - Artikel 120 GG für die BRD

VII. Die **angloamerikanische BRD-Treuhandverwaltung** hält bis heute das *Deutsche Reich* unter internationaler Täuschung im § 270 StGB Rechtsverkehr analog § 263 StGB Betrug mit praktiziertem Gewohnheitsrecht okkupiert, was ein Akt der Piraterie darstellt.

Die notwendige Aufklärung der getäuschten Bevölkerung und der internationalen Weltgemeinschaft und die notwendigen Referenden zur Befreiung von Deutschland werden durch die zu privat-kommerziellen Firmen privatisierte Bundesrepublik-Treuhandverwaltung nachhaltig verhindert.

VIII. Die BRD-Vertreter lassen sich durch interne handelsrechtliche Wahlen (vgl. „Betriebswahlen“) auf Grund des eigenen BVerG (Az.: 2 BvE 9/11) seit 1956 rückwirkend aufgehobenen, nichtigen Wahlgesetzes immer wieder erneut illegal „legitimieren“, was eine organisierte Betrugshandlung gemäß § 263 StGB zu Lasten Dritter darstellt. Vgl. Urteil BVerG - Quelle:

https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2019/01/cs20190129_2bvc006214.html

Das neue BRD-Geschäftsmodell „Deutschland“ ab 1990 - GG133:

[zurück](#)

[Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis](#)

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art 133

Der Bund tritt in die Rechte und Pflichten der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ein.

[zum Seitenanfang](#)

[Impressum](#)

[Datenschutz](#)

[Barrierefreiheitserklärung](#)

WELT

ABONNEMENT

Suche

Villa Rothschild – die Wiege der Bundesrepublik

Heute ist die "Villa Rothschild" in Königstein im Taunus ein Luxushotel. Das Haus hat eine wechselvolle Geschichte – als Sommerpalais des jüdischen Bankiers Wilhelm Carl von Rothschild und als Tagungsort des Parlamentarischen Rates vor 60 Jahren, an dem das Fundament der Bundesrepublik gelegt wurde.

Veröffentlicht am 20.05.2009 | Lesedauer: 5 Minuten

Von Elian Ehrenreich

Quelle: <https://www.welt.de/reise/article3775809/Villa-Rothschild-die-Wiege-der-Bundesrepublik.html>

Das Wort "Wiege" kann auch im übertragenen Sinn verwendet werden und bezeichnet dann den Ursprungsort einer Sache oder sozialer Phänomene.



**Schaeffers Grundriß
des Rechts und der Wirtschaft**

Abteilung II: Öffentliches Recht und Volkswirtschaft

28¹. Band

**Das Grundgesetz
der Bundesrepublik Deutschland**

Von

Dr. Harry von Rosen-von Hoewel

Oberregierungsrat

im Bundesministerium des Innern

11.—14. Tausend

umgearbeitete und verbesserte Auflage

1951

W. Kohlhammer Verlag Stuttgart / Verlag L. Schwann, Düsseldorf

IV. Die Bildung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes.

Das Potsdamer Abkommen vom 2. VIII. 1945 hatte bestimmt, daß Deutschlands wirtschaftliche und staatliche Einheit bestehen bleiben solle. Die organisatorische Wiederherstellung dieser Einheit scheiterte jedoch an den Gegensätzen zwischen den Besatzungsmächten. Aus diesem Grunde wurde zunächst für die amerikanische und die britische Besatzungszone unter der Bezeichnung „Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes“ eine bizonale Verwaltung geschaffen. Sie war eine den Ländern übergeordnete Gebietskörperschaft, der es jedoch an eigener Staatlichkeit fehlte.

1. Die Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes bestand zuletzt aus:

Wirtschaftsrat, Länderrat, Verwaltungsrat und einigen weiteren Dienststellen. Als eine Art Verfassungsgerichtshof war das Deutsche Obergericht in Köln eingerichtet. Weiterhin verfügte das Vereinigte Wirtschaftsgebiet über eine zentrale Bank Deutscher Länder, die auch die französische Zone umfaßte.

2. Hauptaufgabe des Vereinigten Wirtschaftsgebietes war die Gesetzgebung auf dem Gebiete der Wirtschaft mit rechtsverbindlicher Kraft für alle Länder und Bewohner des Vereinigten Wirtschaftsgebietes.

II. Die Errichtung der Bundesrepublik Deutschland

Das Vereinigte Wirtschaftsgebiet der Doppelzone war von vornherein nur als Zwischenstadium für eine weitergehende Regelung gedacht. Als nächster Schritt sollte die Bildung einer Trizone unter Hinzunahme der französischen Besatzungszone folgen. Hierbei sollte dem neuen Gebilde auch die dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet fehlende Staatlichkeit verliehen werden.

III. Der Staat als juristische Person

Das Staatsrecht setzt logisch den Staat voraus. Die Drei-Elemente-Lehre hilft also nicht weiter, wenn innerstaatliche Rechte und Pflichten in Frage stehen. Da die deskriptiven Begriffsbildungen der Staatslehre die Wirklichkeit des Staates zu erfassen versuchen, erweisen sie sich staatsrechtlich ebenfalls als unergiebig. Selbst die Kennzeichnung als »Gebietskörperschaft« würde für sich genommen noch keine Rechtsfolgen zeitigen. In diese Lücke tritt die Lehre vom Staat als juristischer Person.

Für das Zivilrecht ist die rechtliche Verselbständigung von Personenmehrheiten (eingetragener Verein, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aktiengesellschaft) oder Vermögen (Stiftung) seit jeher eine Selbstverständlichkeit. Anders als bei Gesamthandsgemeinschaften (Gesellschaft bürgerlichen Rechts, Erbengemeinschaft) sind nicht die beteiligten Personen Träger von Rechten und Pflichten, durch das Recht wird vielmehr ein neues, rechtsfähiges Zurechnungsobjekt geschaffen.

Den Staat als juristische Person – freilich im Gegensatz zu den eben genannten: des öffentlichen Rechts – zu begreifen, bereitet uns heute keinerlei gedankliche Schwierigkeit. Die Lehre vom Staat als juristischer Person – nämlich als Gebietskörperschaft – darf deshalb heute als herrschend gelten.¹² Im 19. Jahrhundert barg sie hingegen erhebliche Sprengkraft.





Vergleichs-Metapher: Gesetzlicher Betreuer

"Die rechtliche Betreuung ist ein (...) Rechtsinstitut, durch das Volljährige, die wegen (...) Behinderungen ihre Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht selbst regeln können, Unterstützung, Hilfe und Schutz erhalten, wobei ein für sie bestellter (gesetzlicher) Betreuer (...) die Vertretungsmacht nach außen erhält, im Innenverhältnis aber zur Beachtung des Willens des Betreuten verpflichtet ist."

"Deutschland" = das "Deutsche Reich", wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat; Rechtsfähig, aber handlungsunfähig



Herr Müller



Frau Schmidt



Die "Bundesrepublik Deutschland" verwaltet die Hoheitsgewalt des Feindstaates "Deutschland" treuhänderisch im Auftrag der west-alliierten Siegermächte. Kurz: Die "Bundesrepublik Deutschland" handelt stellvertretend für "Deutschland" als Besatzungs- und Treuhandverwaltung!

**Frau Schmidt ist nicht Herr Müller (Die BRD ist nicht Rechtsnachfolger von Deutschland).
Frau Schmidt kann nicht Herr Müller werden,
sondern ihn lediglich verwalten (Träger von Rechten und Pflichten sein)!**

Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Betreuung_\(Recht\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Betreuung_(Recht))

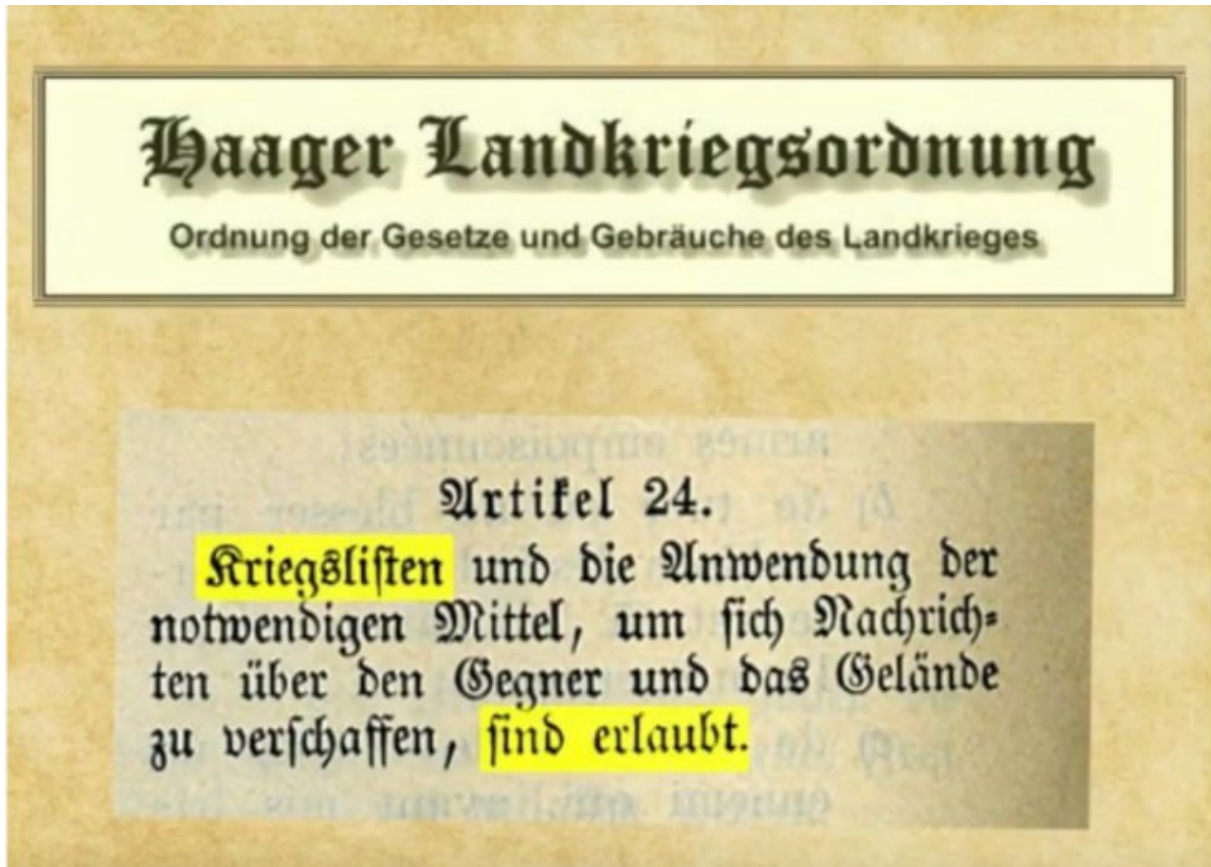


Folgende Beispiele für erlaubte Kriegslisten werden im Völkerrecht ausdrücklich genannt:

Tarnung, Scheinstellungen, Scheinoperationen und irreführende Informationen. Als erlaubte Kriegslisten gelten ferner die Benutzung der Funkschlüssel des Gegners, das Einschleusen falscher Befehle sowie psychologische Kampfführung.



19.1 Drei Beispiele irreführender Falschinformationen zur BRD



- Sefton Delmer (1904-1979) – bedeutender englischer Journalist: "Jeder Griff ist erlaubt. Je übler, umso besser. Lügen, Betrug - alles"

Quelle: Die Deutschen und ich, Hamburg 1963, S. 590



1. Falschinformation des IstGH

INTERNATIONAL COURT OF JUSTICE
YEAR 2012
3 February 2012
JURISDICTIONAL IMMUNITIES
OF THE STATE
(GERMANY v. ITALY: GREECE intervening)
2012
3 February
General List
No. 143

"Was hat die Bundesrepublik denn mit dem Dritten Reich zu tun?"

Die Völkerrechtswissenschaft geht davon aus, dass Bundesrepublik und Drittes Reich rechtlich identisch sind. Der deutsche Staat besteht demnach ununterbrochen seit 1867 mit der Gründung des Norddeutschen Bundes, der 1871 zum Deutschen Reich erweitert wurde. Alle späteren Regierungsformen (Weimarer Republik, NS-Diktatur) sind nur unterschiedliche Ausprägungen dieses Staates. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg ist das Deutsche Reich nicht untergegangen, sondern bestand ohne einheitliche Staatsgewalt zunächst als besetzter Staat, später als BRD und DDR fort. Seit der Wiedervereinigung gibt es nur noch ein Deutschland, das aber völkerrechtlich immer noch mit dem Deutschen Reich identisch ist. Daher muss die Bundesrepublik auch für alle Verpflichtungen des Deutschen Reichs einstehen."

Kriegslist (Artikel 24 HLKO) : Irreführende Falschinformationen

2. Falschinformation über das ZDF Frau Gerster in Bezug zum IstGH



3. Falschinformation des Feindstaatenbündnis UNO



**Vereinte
Nationen**

Demokratische Volksrepublik Laos	14. Dezember 1955
<u>Deutschland</u>	18. September 1973
<p>– Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland wurden am 18. September 1973 Mitglieder der Vereinten Nationen. Durch den Beitritt der <u>Deutschen Demokratischen Republik</u> zur <u>Bundesrepublik Deutschland</u> am 3. Oktober 1990 haben sich <u>die beiden deutschen Staaten</u> vereinigt und bilden einen souveränen Staat.</p>	
Dominica	18. Dezember 1978
Dominikanische Republik	24. Oktober 1945

???

Quelle: <https://unric.org/de/mitgliedstaaten/>

„Reiner Zufall“

Sicherheit

Warum in Nürnberg künftig US-Militärpolizei patrouilliert

24. Mai 2023, 8:43 Uhr | Lesezeit: 3 min



Der Nürnberger Hauptbahnhof hat einen schlechten Ruf. Das liegt an der hohen Kriminalität. (Foto: Norbert Probst/imago)

An kaum einem anderen Bahnhof in Deutschland werden mehr Gewaltdelikte begangen als in Nürnberg. Die Stadt hat deshalb ein neues Sicherheitskonzept ausgearbeitet - mit überraschender Verstärkung.

Quelle: <https://www.sueddeutsche.de/bayern/nuernberg-hauptbahnhof-polizei-us-militaer-sicherheit-gewalt-verbrechen-1.5877141?reduced=true#:~:text=Die%20Zahl%20der%20Gewaltdelikte%20in,US-Milit%C3%A4rpolizei%20am%20Hauptbahnhof%20patrouillieren>

Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht Deutschland

Die Deutschland-Attrappe



Staat
"Deutsches Reich"
= Deutschland



angloamerikanische
Treuhand-Verwaltung
BRD



Propagandawaffe „Deutschland“

Propagandawaffe "Deutschland"



Süddeutsche Zeitung

Ukraine | Politik | Wirtschaft | Meinung | Panorama | Sport | München ▾ | Kultur | Medien

Psychologie

In den Kopf gehämmert

1. Juli 2019, 21:02 Uhr | Lesezeit: 4 min

Aussagen regelmäßig zu wiederholen, führt zu einer Illusion von Glaubwürdigkeit. Dieser Effekt wirkt selbst dann, wenn es sich offenkundig um Unsinn handelt. Ist irgendjemand davor gefeit?

https://www.sueddeutsche.de/wissen/psychologie-in-den-kopf-gehaemert-1.4507778?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE

„Deutschland“-Dauerfeuer...

Rüsten für den Frieden - Welche Lehren zieht Deutschland aus der Zeitenwende? | Anne Will



tagesschau
1,33 Mio. Abonnenten

Abonnieren

211



Teilen



45.028 Aufrufe vor 1 Monat

Die ganze Sendung: https://1.ard.de/anne_will

Spätestens seit dem erneuten Angriff Russlands auf die Ukraine ist klar: Die Zeit des Fri



tagesschau

ANALYSE Streit um Verbrenner-Aus

Deutschland will noch nicht auf Grün schalten

Stand: 16.03.2023 02:04 Uhr

Wann wird das größte Mitglied der EU seine finale Zustimmung zum ausgehandelten Verbrenner-Aus geben? Der Bundeskanzler verteidigt das vorläufige Nein. Das sorgt in manchen Hauptstädten für wenig Begeisterung.



ENGLISH FRANÇAIS KONTAKT DATENSCHUTZ

Menü

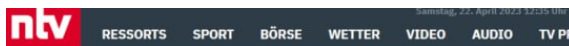
Humanitäre, finanzielle und militärische Hilfe aus Deutschland

So unterstützt Deutschland die Ukraine

Deutschlands Haltung ist klar: Wir werden die Ukraine „so lange wie nötig“ unterstützen, sagt Bundeskanzler Olaf Scholz. Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat Deutschland der Ukraine bereits Hilfen im Gesamtwert von mehr als 14 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt – als humanitäre Unterstützung, direkte Zahlungen oder in Form von Waffen.

Krieg in der Ukraine Liste der militärischen Unterstützungsleistungen

Quelle: <https://www.bundesregierung.de/breg-de>



POLITIK

Entwicklung der Bevölkerung

Wie sich Deutschland bis 2040 verändert

Von Martin Morcinek und Christoph Wolf
21.04.2023, 20:33 Uhr



20.10.2021 20:35 Uhr – 01:43 min

Arbeitskräftemangel in Deutschland

"Wer wird die Wurst machen? Es gibt keinen mehr"

POLITIK

DEUTSCHLAND AUSLAND

WELT+

MEINUNG

NEBEN DER SPUR

Deutschland als weltweites Vorbild für radikalen Klimaschutz? Absurd!

Stand: 11:42 Uhr | Lesedauer: 4 Minuten



Von Harald Martenstein
Freier Kolumnist und Autor

Oskar Lafontaine: „Deutschland handelt im Ukraine-Krieg als Vasall der USA“

Der Krieg in der Ukraine und das Elend der deutschen Außenpolitik: Europa braucht eine eigenständige Sicherheitspolitik. Eine Fundamentalkritik an der Ampel.

Oskar Lafontaine



Menü | Publikationen

Übersicht Nutzungsbedingungen Tipps für Suche und Bestellung Kontakt

(c) "Deutschland" bedeutet das Deutsche Reich, wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat.

https://archive.org/details/SHAEF-Gesetz_1-161
https://archive.org/details/SHAEF-Gesetz_1-161
(SEITE 23)

Integrationsbeauftragte (IB)

Deutschland kann Integration: Potenziale fördern, Integration fordern, Zusammenhalt stärken.

12. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

DEUTSCHLAND IST SCHLUSSLICHT BEI TABAK-KONTROLLE

mdr WISSEN

Wieder mehr Raucher in Deutschland, besonders bei Jugendlichen

Stand: 21. April 2023, 16:13 Uhr



ADAC

Mitgliedschaft Reise & Freizeit Rund ums Fahrzeug Versicherungen & Finanzen Service

Neue Bahn- und Flughafen-Streiks in Deutschland

21.04.2023, 14:30 Uhr



MDR AKTUELL - DAS NACHRICHTENRADIO

Suchtforscher: Deutschland macht es Rauchern leicht

MDR AKTUELL

Fr 21.04.2023 06:17 Uhr | 03:44 min



Der Protest gegen ein LNG-Terminal zeigt, was falsch läuft in Deutschland

Ein Kommentar von Stefan Schultz

Auf Rügen protestieren Anwohner und Umweltschützer gegen ein LNG-Projekt – und offenbaren eine bedenkliche Haltung. Fünf Dinge müssten sich ändern, damit die Energie- und Klimaziele noch zu schaffen sind.

21.04.2023, 18.33 Uhr



Deutschland droht nach wie vor ein Gasmangel

Trotz gut gefüllter Speicher ist nicht garantiert, dass das Gas im kommenden Winter reicht. Es gibt gleich fünf Risiken. Sie haben mit China, dem Gasverbrauch – und möglichen Sabotageakten zu tun.

Gesetz Nr. 52

Artikel VII

e) „Deutschland“ bedeutet das Deutsche Reich wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat.

Gesetz Nr. 53

Artikel VII

g) Der Ausdruck „Deutschland“ bedeutet das Gebiet, aus welchem am 31. Dezember 1937 das „Deutsche Reich“ bestand.



Rubriken

Barrierefrei

Live-TV

Sendung verpasst

Gewalt im Sudan

Deutschland und USA prüfen Evakuierungen

22.04.2023 09:59 Uhr

Die USA prüfen Optionen zur Evakuierung von Botschaftspersonal, nachdem ein US-Bürger im Sudan getötet wurde. Auch Deutschland bereitet sich auf Rettungsmaßnahmen vor.



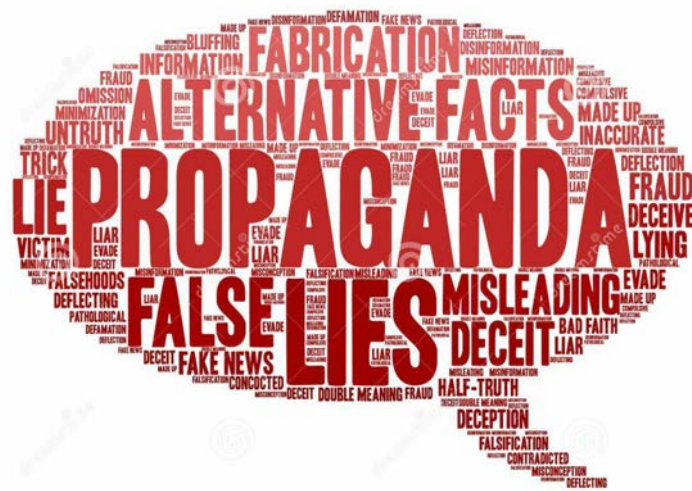


Deutschland bei der WM 2022: Kader, Termine, Spielplan
und Ergebnisse | Sport | BILD.de

Besuchen

Die gesamte Menschheit wurde erfolgreich getäuscht und denkt das die BRD Deutschland ist!

BRD? NOCH NIE GEHÖRT!



Download from
Dreamstime.com
This watermarkless content image is for promotional purposes only.



99360803
Arbofo | Dreamstime.com